



**GRÜNE Schweiz**

Lucie Jakob

Waisenhausplatz 21

lucie.jakob@gruene.ch

031 511 93 21

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)  
Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Per Mail an: [triage@sepos.admin.ch](mailto:triage@sepos.admin.ch)

Bern, 27.02.2026

**Vernehmlassung zur Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für  
Schweizerinnen: Teilrevision der Bundesverfassung sowie der dazugehörigen  
Gesetzesbestimmungen**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel genannten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns im Folgenden zu den für uns wichtigsten Punkten.

Der Bundesrat hat im Januar 2025 beschlossen, dass der Orientierungstag zu Armee und Zivilschutz für Frauen neu obligatorisch sein soll. Diese Änderung bedingt eine Verfassung- sowie eine Gesetzesänderung, über die Einführung werden also auch die Bevölkerung und die Kantone noch befinden müssen. Mit dem Entscheid, Frauen zur Teilnahme am Orientierungstag zu verpflichten, verfolgt der Bundesrat zwei Ziele: Einerseits soll die Chancengleichheit verbessert werden, andererseits soll der Frauenanteil in der Armee erhöht werden – und damit insgesamt die Anzahl dienstpflichtiger Personen, dies im Hinblick auf die veränderte sicherheitspolitische Lage.

Es gilt zuallererst zu betonen, dass das Militär im Moment keinen Personalmangel zu verzeichnen hat: Die Anzahl Armeeangehöriger lag mit knapp 147'000 Personen lange Zeit über dem bisher gesetzlich festgelegten Effektivbestand von 140'000, der benötigt wird, um den Sollbestand von 100'000 Personen sicherstellen zu können. Auch wenn diese gesetzliche Grenze aufgehoben wurde, ist der Armeebestand weiterhin nicht gefährdet. Es ist also gar nicht nötig, mehr Frauen für einen Dienst in der Armee gewinnen zu wollen.

Aus Sicht der GRÜNEN stärkt ein obligatorischer Orientierungstag die Gleichstellung der Geschlechter nicht, sondern würde lediglich eine weitere Mehrbelastung für Frauen darstellen. Diese leisten bereits den Grossteil der in der Gesellschaft anfallenden Care Arbeit. Gleichstellung wird nicht über den Zugang zur Armee erreicht, sondern soll zuerst in anderen Bereichen vorangetrieben werden, beispielsweise bei der Lohngleichheit oder indem mehr Geld für die Bekämpfung sexueller Gewalt eingesetzt wird. Militärische Ränge haben zudem heute bei weitem nicht mehr den Stellenwert, den sie in früheren Zeiten hatten, beispielsweise bei der Stellensuche. Der Mehrwert für Frauen in beruflicher Hinsicht ist daher gering bis inexistent. Zu befürchten ist vielmehr, dass den Frauen auf dem Arbeitsmarkt gar ein neuer Nachteil entsteht, da sie neben einem allfälligen Mutterschaftsurlaub noch mehr Tage an ihrem Arbeitsplatz fehlen würden. Damit hat die vom Bundesrat als Gleichstellungstreiber dargestellte Massnahme faktisch die gegenteiligen Konsequenzen. Auch die Stimmberechtigten haben 2025 mit ihrem klaren NEIN zur Service Citoyen-Initiative die Idee klar zurückgewiesen, dass ein neuer Zwangsdienst angeblich zur Gleichstellung der Frauen beitragen würde.

Die Annahme, dass eine Teilnahme am Orientierungstag mehr Frauen für den Militärdienst begeistern würde, übersieht die wirklichen Hemmnisse für den Eintritt von Frauen in den Militärdienst. Nicht fehlende Informationen sind das Problem, sondern das für Frauen toxische Umfeld in der Armee und die damit einhergehenden diskriminierenden Erfahrungen oder sexuellen Übergriffe. Wennschon müsste die Armee also ein angenehmeres Umfeld für Frauen schaffen, indem Massnahmen bezüglich der Sensibilisierung der Armeeangehörigen zu sexistischem Verhalten oder sexuellen Übergriffen und deren Verhinderung ergriffen werden.

Wer die Frauen vermehrt in den Militärdienst einbinden will, fördert zudem die Militarisierung der Gesellschaft. Dabei sind die grössten Bedrohungen für die Schweizer Gesellschaft nicht ein traditioneller Grabenkrieg mit Panzern und Granatwerfern, sondern Klima- und Umweltkatastrophen, Desinformation und Cyberangriffe. Zynisch ist hier auch der Verweis auf die UN-Resolution 1325: Diese verlangt, Frauen auf allen Ebenen der Konfliktbewältigung, der Friedensförderung und dem Wiederaufbau einzubeziehen sowie den Schutz vor geschlechtsspezifischer Kriegsgewalt sicherzustellen. Der Fokus liegt klar auf Friedensbildung. Feministische und friedenspolitische Organisationen leiten daraus auch die Förderung der Demilitarisierung der Gesellschaft ab.<sup>1</sup> Dem steht der Einbezug von mehr Frauen in militärische Dienste diametral entgegen.

Schliesslich ist auch aus grundrechtlicher Sicht die Einführung eines obligatorischen Orientierungstags problematisch: Die Anwesenheitspflicht – deren Nichtbeachtung eine Strafe nach sich ziehen würde – ist ein starker Eingriff in die persönliche Freiheit der Frauen und entgegen der Argumentation des Bundesrates kann diesem Eingriff kein ausreichendes öffentliches Interesse gegenübergestellt werden, da die Armee wie oben ausgeführt über einen mehr als ausreichend hohen Bestand verfügt.

Zusätzlich zu diesen grundsätzlichen Kritikpunkten sind für die GRÜNEN auch die hohen Kosten ein Grund, die Einführung des obligatorischen Orientierungstags abzulehnen. Die Unternehmen müssten mindestens mit einer Verdoppelung der Kosten rechnen, die Kantone sehr wahrscheinlich mit noch höheren Beträgen aufgrund der ungenügend ausgebauten

---

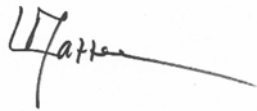
<sup>1</sup> Siehe den Bericht zum NAP 5 von swisspeace/KOFF, Frieda und Peace Women Across the Globe: [https://www.swisspeace.ch/assets/publications/downloads/DE\\_ONLINE\\_NAP\\_Report.pdf](https://www.swisspeace.ch/assets/publications/downloads/DE_ONLINE_NAP_Report.pdf), April 2024.

Infrastrukturen. Diese finanziellen Auswirkungen geringzuschätzen, mutet gerade angesichts der sonstigen Sparrhetorik des Bundesrates skurril an. Die Bevölkerung sieht sich bereits jetzt Mehrkosten und Abbauplänen gegenüber, um das stark anwachsende Budget der Armee zu finanzieren. Des Weiteren wird ein Bürokratiemonster geschaffen, nur um die Anwesenheit der Schweizerinnen an einem Informationstag sicherzustellen. Der administrative Mehraufwand für die Gemeinden und Kantone im Zusammenhang mit der Einführung des obligatorischen Orientierungstags ist völlig unverhältnismässig.

**Aus all diesen Gründen lehnen die GRÜNEN die Einführung eines obligatorischen Orientierungstags für Schweizerinnen dezidiert ab.**

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Lisa Mazzone  
Präsidentin



Lucie Jakob  
Fachsekretärin